

Im Inneren des russischen Widerstands

Interview mit der russischen Feministin Sasha

Sasha und Ashley Smith

Russische Feministinnen stehen an der Spitze des Widerstands gegen die Invasion des russischen Imperialismus in der Ukraine. Sie haben ein Manifest^[1] herausgegeben und die Feminist Anti-War Resistance ins Leben gerufen. Zu Beginn des Krieges halfen sie, Proteste zu organisieren. Trotz harter Repressionen, Verhaftungen, Geld- und Gefängnisstrafen setzen sie sich weiterhin in der Antikriegsbewegung gegen Putins Regime ein und solidarisieren sich mit der Ukraine und ihrem Kampf um Selbstbestimmung. **Ashley Smith** von *Spectre* spricht mit **Sasha**, einer Aktivistin der *Feminist Anti-War Resistance*, über den Krieg, seine Auswirkungen auf die russische Gesellschaft im Allgemeinen und auf Frauen im Besonderen sowie über die Debatten unter Feministinnen, wie man sich dem Imperialismus entgegenstellen kann

Sasha ist eine linke Aktivistin aus Russland und Mitglied der *Feminist Anti-War Resistance*. Sie ist Wissenschaftlerin und hat sich auf die Geschichte der Frauenbewegungen spezialisiert.^[2]

Wie sind die Bedingungen in Russland heute? Wie hat sich der Krieg auf Wirtschaft und Politik ausgewirkt? Wie ist das Bewusstsein der Bevölkerung in Bezug auf den Krieg, die Ukraine und das Regime von Putin?

Ich bin derzeit nicht in Russland, kann also nicht aus erster Hand berichten. Aber natürlich habe ich die Entwicklungen über die Nachrichten und durch meine Freund:innen und Familie genau verfolgt. Das wichtigste Ministerium für amtliche Statistik hat gerade bekannt gegeben, dass die Armut um etwa 70 Prozent zugenommen hat.

Über 20 Millionen Menschen in Russland leben jetzt unterhalb der Armutsgrenze, das heißt mit einem Einkommen von weniger als 200 Dollar pro Monat. Das ist eine sehr große Zahl von Menschen, die in die Armut gestürzt werden. Ich war überrascht, dass diese Zahlen überhaupt von den staatlichen Medien veröffentlicht wurden.

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, weil viele westliche Unternehmen ihre Betriebe geschlossen haben, in einigen Fällen sogar dauerhaft. IKEA zum Beispiel hat angekündigt, dass sie ihre Fabriken verkaufen werden. Niemand weiß, was mit den Mitarbeiter:innen geschehen wird.

Andere russische Fabriken können nicht richtig funktionieren, weil sie von westlicher Technologie und Lieferketten, die durch die Sanktionen unterbrochen wurden, abhängig sind. Die Arbeiter:innen wurden in den Urlaub geschickt, und statt ordentlicher Löhne bekamen sie Land zum Kartoffelanbau. Aber nur 5 Prozent der Arbeiter:innen bekamen überhaupt dieses Angebot. Das klingt absurd, ist aber wahr.

Auch die Preise schießen in die Höhe. Die Inflation steigt derzeit auf über 17 Prozent. Das bringt die Arbeiter:innen in eine schlimme Lage. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz, bekommen Lohnkürzungen und sind mit massiven Preissteigerungen konfrontiert.

Auch wenn es im Moment nur wenige Anzeichen für soziale Unzufriedenheit gibt, so ist sie doch unter der Oberfläche vorhanden. Diese schrecklichen sozialen Bedingungen wirken sich auf das Bewusstsein in sehr widersprüchlicher Weise aus.

Offizielle Umfragen besagen immer noch, dass derzeit etwa 86 Prozent der Menschen den Krieg unterstützen. Aber ich denke, diese quantitativen Umfragen sind zutiefst irreführend. Das Public Sociology Laboratory (PS Lab), ein unabhängiges Forschungsprojekt, das von Wissenschafts-Aktivist:innen geleitet wird, hat qualitative Untersuchungen über die Meinungen der Menschen zu verschiedenen Themen, darunter auch zum Krieg, durchgeführt.

Als sie die Menschen zum Krieg befragten, stellten sie fest, dass es eine riesige Gruppe zwischen den Kriegsbefürworter:innen und den Kriegsgegner:innen gibt, die weder ihre Unterstützung noch ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen. Es handelt sich um eine entpolitisierte Mehrheit, die den Krieg nicht unbedingt befürwortet, sich aber nicht berechtigt fühlt, ihre Meinung zu äußern. Sie sind durch Putins autokratisches Regime entmachtet und eingeschüchtert worden und zögern, ihre Meinung zu äußern.

Diejenigen, die den Krieg unterstützen, tun dies, weil sie glauben, was sie in den Propagandakanälen der offiziellen Medien hören. Das ist eine schwache Basis für Unterstützung und könnte sich im Laufe der Zeit ändern, wenn die Menschen Zugang zu echten Informationen erhalten und die Auswirkungen der Sanktionen zu spüren bekommen.

Natürlich gibt es einen harten Kern, der voll und ganz für den Krieg ist. Aber die offiziellen Umfragestatistiken können den Eindruck erwecken,

dass dies für alle gilt. Das tatsächliche Bewusstsein ist jedoch komplexer, wie die PS Lab-Studie belegt.

Eine Sache, die meiner Meinung nach das Bewusstsein der Menschen beeinflussen würde, ist die sehr hohe Opferzahl unter den in der Ukraine stationierten russischen Truppen. Haben die Menschen davon gehört oder wurden die Informationen unterdrückt? Welchen Einfluss hat dies auf die Meinung der Menschen über den Krieg?

Die Auswirkungen all dieser tragisch verlorenen Menschenleben sind ebenfalls nicht eindeutig. Nehmen wir das Beispiel von Dagestan, einer Republik in der Russischen Föderation. Sie ist eine der wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Regionen des Landes. Viele der in der Ukraine eingesetzten Soldaten stammen von dort, und viele sind während der Invasion ums Leben gekommen.

Doch anstatt die Unterstützung für den Krieg zu schwächen, hat es das Gefühl der Menschen für ihre Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit gestärkt. Einige tragen diese Verluste sogar als Abzeichen des Stolzes und sagen, dass sie mehr Soldaten aus ihren Gebieten ermutigen würden, im Krieg zu kämpfen.

Gleichzeitig ist die Unzufriedenheit in anderen Bevölkerungsgruppen gewachsen, und sie beginnen ihren Unmut öffentlich zu äußern. Ein berühmter Fall: Ein Vater, der sehr patriotisch war, Putin und die Invasion nachdrücklich unterstützte und die Ukrainer:innen offen hasste, verlor seinen Sohn im Krieg.

Sein Sohn verschwand. Jetzt führt dieser Vater eine öffentliche Kampagne gegen den russischen Staat, weil dieser den Dienst und den Tod seines Sohnes nicht anerkennt. Die kaltschnäuzige Missachtung seines Sohnes hat ihn mehr und mehr gegen Putin und den Krieg selbst aufgebracht.

Im weiteren Verlauf des Krieges könnte sich dies noch verstärken, zumal der Staat immer mehr Männer dazu zwingt, sich "freiwillig" zu melden. Es gibt bereits Fälle von Polizisten, Reservisten und Soldaten, die versucht haben, sich dem Einsatz zu entziehen. Aber im Großen und Ganzen hat es den Anschein, dass die Öffentlichkeit den Krieg weiterhin unterstützt.

Zu Beginn des Krieges gab es eine Welle von Protesten gegen ihn. Was ist mit den Aktivist:innen geschehen, die sie angeführt haben? Gibt es heute noch viele Anti-Kriegs-Organisationen? Welche besondere Rolle haben feministische Organisatorinnen beim Aufbau des Widerstands gegen Putins Regime und seinen imperialistischen Krieg gespielt?

Zu Beginn des Krieges im März gab es eine Menge Straßenproteste. Aber der russische Staat ist viel geschickter darin, sie zu unterdrücken, als wir darin, sie zu veranstalten.

Und er hat sie wirklich unterdrückt und viele Menschen mit Gefängnisstrafen und Geldbußen hart bestraft. Das hat die Aktivist:innen eingeschüchtert und davon abgehalten, seitdem viel in der Öffentlichkeit zu tun. Jetzt konzentrieren wir uns mehr auf den Aufbau unserer Infrastruktur und die Herstellung von Verbindungen, die meist im Untergrund stattfinden, um die Menschen vor dem Staat zu schützen.

Diejenigen von uns, die im Ausland sind, haben eine Reihe von Dingen getan, um solche Projekte zu unterstützen. Eine wichtige Sache, die wir ins Leben gerufen haben, ist ein Antikriegsfonds. Er unterstützt Menschen, die wegen ihrer Antikriegsposition entlassen wurden oder Probleme am Arbeitsplatz haben.

Außerdem haben wir Wege gefunden, um Menschen auf lokaler Ebene zu vernetzen, ohne sie in Schwierigkeiten zu bringen. Eine der erfolgreichsten Erfahrungen in dieser Hinsicht war eine Aktion zum 1. Mai, die wir organisiert haben. Wir starteten sie als Reproduktionsstreik, um die Idee vorzustellen und bekannt zu machen.

Wir riefen die Menschen dazu auf, zu Friedensparks zu gehen, die es in fast jeder Stadt gibt. Unser Slogan war "Tauben füttern, nicht den Krieg". Wir ermutigten die Menschen, einfach hinauszugehen und die Tauben in diesen Friedensparks zu füttern und einander zu treffen. Wir riefen zu dieser Aktion über unseren Telegram-Kanal auf, der Tausende von Anhänger:innen hat.

Die Leute gingen in die Parks und trafen dort auf andere Kriegsgegner:innen. So trafen einige davon in einer Kleinstadt andere Menschen, die keine Aktivist:innen waren, und begannen mit ihnen über den Krieg zu sprechen, was wiederum weitere Kriegsgegner:innen anlockte. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie wir versuchen, uns auf sichere Weise zu organisieren und unsere Infrastruktur zu stärken.

Wir bieten auch psychologische Unterstützung für Aktivist:innen und alle anderen, die sich an uns wenden. Wir haben Freiwillige, die kostenlose, professionelle psychologische Beratung anbieten. Das ist ein sehr wichtiges Projekt für uns als Feministinnen, um das durch den Krieg verursachte Trauma zu bewältigen.

Eine weitere wichtige Initiative ist die Unterstützung von Ukrainer:innen, die nach Russland deportiert wurden. Tausende von ihnen wurden dorthin geschickt. Wir leisten ihnen humanitäre Hilfe und helfen ihnen auch, Russland zu verlassen, wenn sie das wollen.

Wir haben etwa 1.000 Freiwillige, die diese Arbeit leisten, und arbeiten dabei mit NGOs zusammen. Wir helfen auch Frauen und Kindern, die in den Sexhandel verwickelt sind. Ukrainische Frauen sind eine der Gruppen, die am häufigsten Opfer von Menschenhandel werden.

Das wichtigste Instrument zur Koordinierung dieser Arbeit ist unser Telegrammkanal, der anonym ist. Er ermöglicht es den Menschen, uns ihre Aufkleber, Plakate und Vorschläge für eine gemeinsame Aktion zu schicken und sie dann sicher weiterzuleiten.

In der Anfangsphase des Krieges haben wir sehr viel Arbeit geleistet. Aber dann stießen wir alle auf eine Mauer der Erschöpfung. Jetzt kommen die Leute zurück und organisieren sich wieder. Die Leute sind zurück und engagieren sich mit Guerilla-Stickern, Graffiti und anderen symbolischen Straßenaktionen.

Im Moment baut ihr die Infrastruktur für den Widerstand auf. Welche Art von Strategie entwickelt ihr für die Zukunft? Welche Art von Anti-Kriegs-Aktionen habt ihr im Sinn, wenn die Bedingungen günstiger werden?

Wir müssen noch viel mehr Infrastruktur aufbauen, bevor wir größere Proteste durchführen können. Wir sind dabei, lokale Netzwerke für alle möglichen Initiativen und Demonstrationen aufzubauen, die wir jetzt noch nicht initiieren können.

Das ist wichtig, denn unter einer autokratischen Regierung fehlt den Menschen eine grundlegende Organisation. Wir sind mit polizeistaatlichen Repressionen konfrontiert. Jeder muss verstehen, dass Putin seit der großen Protestwelle, die von Alexi Navalny organisiert wurde, alle Aktivist:innen ins Visier nimmt und uns in den Untergrund treibt.

Der Aufbau eines Solidaritätsnetzwerks wird den Menschen ein Gefühl der Handlungsfähigkeit geben. Im Moment haben die Menschen nicht wirklich das Gefühl, dass sie etwas verändern können. Sie haben das Gefühl, dass selbst große Straßenproteste keine Wirkung haben. Dieses Gefühl müssen wir überwinden.

Wir hoffen, dass all die von mir beschriebenen Antikriegsinitiativen unsere Reihen über die bereits politisierten jungen Menschen und Studierenden hinaus auf eine breitere Masse ausdehnen werden. Aber im Moment befinden wir uns noch in einem embryonalen Stadium.

Gibt es eine Organisation unter den Truppen? Das war sowohl während des Vietnamkriegs als auch während des Irakkriegs ein sehr wichtiger Teil der Antikriegsbewegung. In beiden Fällen wandten sich Aktivist:innen an

die aktiven Soldat:innen, an Reservist:innen und an Leute, die einberufen wurden, um Unzufriedenheit innerhalb des Militärs selbst zu erzeugen. Gibt es auch solche Initiativen?

Es gibt Anwält:innen, die die Rechte von Soldaten verteidigen, die nicht eingesetzt werden wollen oder der Meinung sind, dass der Staat nicht das Recht hat, sie einzusetzen. Sie haben einige Erfolge erzielt, und immer mehr Menschen haben sich an sie gewandt.

Anm: In Russland gibt es keine Wehrpflicht für Frauen, aber sie haben das Recht, als Berufssoldatinnen zur Armee zu gehen.

Wir haben mit einigen Organisationen von Soldatenmüttern zusammengearbeitet, um jungen Menschen dabei zu helfen, sich der Wehrpflicht zu entziehen und sich für den so genannten alternativen Wehrdienst zu bewerben. Wir haben potenzielle Wehrpflichtige in großem Umfang angeschrieben. Über Bots haben wir mehr als 1 Million Nachrichten mit Anleitungen verschickt, wie man dem Tod in der Ukraine entgehen kann und wie man sich dem Militärdienst entziehen kann. Wir haben also versucht, die Einberufung zu sabotieren.

Eines der Netze von Organisationen von Soldatenmüttern geht auf die späte Sowjetzeit zurück und war während des ersten Tschetschenienkriegs besonders aktiv. Sie gingen zu Militärstationen und entführten Soldaten, um sie vor dem Krieg zu retten, und nahmen an Verhandlungen und dem Austausch gefangener Soldaten teil.

Einige russische Marxist:innen wie Ilya Budraitskis haben Putins Regime als neofaschistisch bezeichnet. Sind Sie mit dieser Charakterisierung einverstanden? Warum sind Homophobie und Sexismus ein so integraler Bestandteil von Putins rechtem Projekt? Welche Auswirkungen hat dies auf die Frauen in Russland?

Ich stimme Ilya Budraitskis Charakterisierung von Putins Regime vollkommen zu. Es ist neofaschistisch und seine oligarchischen Unterstützer:innen sind es auch. Seit 2014, als Putin die Krim annektierte und die sogenannten Volksrepubliken in der Ukraine unterstützte, fördern das Regime und die Oligarch:innen die sogenannten traditionellen Werte in Russland.

Sie finanzieren auch neofaschistische und rechtsextreme Organisationen in Europa. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht belegt, dass das Regime und die Oligarch:innen tatsächlich die größten ausländischen Geldgeber:innen dieser Organisationen sind.

Putin und die Oligarch:innen fördern die so genannte traditionelle Familie mit ihren so genannten traditionellen Geschlechterrollen. Sie wollen alle LGBTQ+-Personen an den Rand der Gesellschaft drängen, indem sie ihre private Existenz bestenfalls tolerieren, sie aber öffentlich verbieten. Jetzt wird ein neues Gesetz diskutiert, das jegliche Sichtbarkeit von LGBTQ+ Menschen in Russland verbietet und LGBTQ+ "Propaganda", die sich an Minderjährige richtet, verbietet.

Dies steht im Einklang mit ihrer neoliberalen Ideologie, die darauf abzielt, alles zu privatisieren und die öffentlichen Ausgaben für soziale Dienstleistungen auf das absolute Minimum zu beschränken. Sie wollen, dass die Frauen in der Familie die Last der sozialen Reproduktion tragen. Außerdem trägt diese Familienideologie dazu bei, die Menschen zu atomisieren und ihre Vorstellung von der Gesellschaft auf ihre unmittelbaren Familienmitglieder zu reduzieren.

Dieser Versuch der russischen Oligarch:innen und des Staates, die Menschen entlang ihrer Sexualität und ihres Geschlechts zu spalten, hat sogar Auswirkungen auf Teile der Linken. Es gibt Gruppen, die die Idee akzeptieren, dass LGBTQ+-Personen nicht Teil des öffentlichen Raums sein sollten oder dass ihre Themen ebenso wie feministische Themen keine zentralen Forderungen im politischen Kampf sein sollten.

Diese sexistische Ideologie ist also für das russische Regime von grundlegender Bedeutung, und es hat großen Erfolg damit, sie in der Gesellschaft zu verbreiten. Sie dient dazu, die konservative Basis zu stärken, die so genannte traditionelle Familie für die soziale Reproduktion zu nutzen und die Menschen entlang der Geschlechtergrenzen zu spalten.

Wie hat Putins Regime mit der russisch-orthodoxen Kirche zusammengearbeitet, um diese reaktionären Ideen und Maßnahmen zu verbreiten?

Die Kirche war an der Seite des Regimes sehr aktiv, als es darum ging, diesen ganzen sexistischen und homophoben Diskurs zu entwerfen, insbesondere wenn es um Abtreibung und LGBTQ+-Rechte geht. Die Oligarch:innen, die die europäische Rechtsextremist:innen finanzieren, sind eng mit der Kirche verbunden. Mit der Unterstützung des Regimes und der Oligarch:innen hat die Kirche sehr öffentliche Kampagnen zur Durchsetzung reaktionärer Geschlechternormen gestartet.

Auch wenn es ihnen bisher nicht gelungen ist, den Schwangerschaftsabbruch zu kriminalisieren, haben die Kirche und ihre Verbündeten in der Regierung doch einige Einschränkungen der Rechte und des Zugangs

durchgesetzt. So haben sie beispielsweise eine einwöchige Wartezeit eingeführt, bevor Frauen eine Abtreibung vornehmen lassen können, die Kriterien für einen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch (sowohl aus sozialen als auch aus medizinischen Gründen) eingeschränkt, jegliche Werbung für den Schwangerschaftsabbruch verboten und sich dafür eingesetzt, dass dieser aus dem staatlichen Krankenversicherungsschutz ausgeschlossen wird.

Haben Putin, die Oligarch:innen und die Kirche die Unterdrückung der Frauen verschärft? Wie nehmen die Frauen Putin wahr?

Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Putin ist nicht dumm. Hätte er diese Ideen und diese Politik auf eine einfache oder lächerliche Art und Weise durchgesetzt, wäre er nicht so beliebt gewesen. Aber das hat er nicht getan, sondern er hat sie auf raffinierte Weise durchgesetzt.

Einerseits fördert er diese sehr reaktionäre Agenda, schränkt das Abtreibungsrecht ein und verwendet öffentlich frauenfeindliche, patriarchalische und homophobe Begriffe. Andererseits stellt er sich, wie viele rechts-extreme Persönlichkeiten, als Beschützer der Frauen und der weiblichen "Tugenden" dar.

Einerseits schränkt er das Abtreibungsrecht ein. Andererseits verteilte er während der Pandemie Geld an alle Familien mit Kindern und kündigte auch für den 8. März dieses Jahres eine ähnliche Aktion an. Diese Politik hat ihm viel Unterstützung von Frauen eingebracht, obwohl der Betrag sehr gering war.

Dass sich die Frauen darüber freuten, zeigt, unter welch schlimmen Bedingungen sie und ihre Kinder leben. Etwa 25 Prozent der Kinder in Russland leben unterhalb der Armutsgrenze. Putin nutzt diese Geldverteilung, um seine zutiefst frauenfeindliche Agenda zu verschleiern.

Welche Erfahrungen habt ihr beim Aufbau internationaler Solidarität unter Feministinnen in Europa und darüber hinaus im Widerstand gegen die russische Invasion in der Ukraine gemacht? Welche Beziehungen habt ihr mit der ukrainischen Linken und den feministischen Bewegungen aufgebaut?

Wir sehen unsere erste Aufgabe darin, Verbündete der Ukraine und ihres Kampfes um Selbstbestimmung zu sein. Wir haben versucht, proaktive Schritte zu unternehmen, um ukrainische Organisationen zu unterstützen, ohne uns aufzudrängen und ohne eine Gegenleistung zu erwarten.

Wir versuchen beim Fundraising für humanitäre Hilfe und für feministische Organisationen in der Ukraine zu helfen, zu deren Unterstützung wir jede:n ermutigen, und wir planen, eine Spendenaktion zu organisieren. Wenn wir an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen, unterstützen wir die Forderungen unserer ukrainischen Genoss:innen. Das ist wirklich sehr wichtig für uns.

Wir sind uns sehr bewusst, dass wir Teil einer aggressiven Macht sind, und deshalb sind wir sehr vorsichtig, wenn wir an öffentlichen Antikriegsveranstaltungen und runden Tischen teilnehmen. Wir vergewissern uns bei den ukrainischen Teilnehmenden, dass es für sie in Ordnung ist, und ziehen uns gerne zurück, wenn sie sich nicht wohl fühlen, denn wir wollen ihren Stimmen Gehör verschaffen.

In diesem Sinne haben wir unser Manifest veröffentlicht. Es hat in den Medien viel Aufmerksamkeit erregt. Wir haben eine klare Antikriegshaltung eingenommen und erklärt, dass dieser Krieg ein Krieg gegen die Frauen ist und dass wir ihn voll und ganz ablehnen.

Wir haben das Manifest geschrieben, um die russische Bevölkerung anzusprechen. Es hat eine wichtige Rolle bei der Zusammenführung von Antikriegsfeministinnen und einer breiteren Antikriegsstimmung gespielt. Aber dann wurde es in viele Sprachen übersetzt und erlangte internationale Bedeutung in der Linken.

Wir stellten fest, dass das Manifest von einigen Kräften für Ziele instrumentalisiert wurde, die sich von unseren eigenen unterschieden. Diese Kräfte nutzten das Manifest, um sich gegen alle Militäraktionen und -ausgaben auszusprechen, nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen die USA und die NATO und – besonders problematisch – gegen die Ukraine.

So wurde unser Manifest benutzt, um eine etwas unscharfe pazifistische Position zu befördern. Wir haben diese Debatte über Waffen nicht vorhergesehen. Unser Manifest wurde also in einer Weise verwendet, die wir nicht beabsichtigt hatten.

Für mich ist das problematisch. Meiner Meinung nach hat die Ukraine das Recht, sich gegen die russische Invasion zu verteidigen, und sie hat das Recht, sich zu diesem Zweck Waffen zu beschaffen. Wir müssen einen Unterschied machen zwischen der Beschaffung von Waffen durch die Ukraine und der Erhöhung der Militärausgaben durch die USA und die NATO.

Wir können das Recht der Ukraine unterstützen, sich Waffen zur Selbstverteidigung zu beschaffen, und uns gegen eine Erhöhung der westlichen Militärbudgets aussprechen. Die Länder können Waffen aus ihren vorhandenen Beständen schicken, die bereits enorm sind.

Unser Problem ist, dass unser erzwungenes Schweigen zur Frage der Bewaffnung der Ukraine von jenen Gruppen ausgenutzt wurde, die zwar ukrainische Feministinnen und Sozialist:innen nicht hören wollen, aber dennoch ein gewisses Engagement zeigen wollen, z.B. durch ihre Solidarität mit uns. Wir sind zum Schweigen gezwungen, weil die Forderung, das Recht der Ukraine auf Bewaffnung zu verteidigen, unsere Aktivist:innen in Russland in unmittelbare Gefahr bringt, verhaftet und zu langen Haftstrafen verurteilt zu werden, und gleichzeitig keinerlei Wirkungen auf die Antikriegsmobilisierung in Russland hätte.

Zweitens müssten wir, um eine neue Position zur Waffenfrage abzustimmen, aufgrund unserer horizontalen Strukturen eine Versammlung organisieren. Das ist wiederum wegen der Gefahr von Repressionen gegen unsere Aktivist:innen in Russland, die sich an einer solchen Diskussion beteiligen würden, problematisch. Es gibt also keine Möglichkeit, im Namen der gesamten Feminist Antiwar Resistance etwas zu diesem Thema zu sagen, aber viele von uns, die ich kenne, unterstützen das Recht der Ukraine, sich Waffen zu beschaffen.

Wir wollten uns gegen den russischen Krieg und in Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand positionieren. Deshalb sind wir jetzt sehr bedacht, das zu betonen. Wir wollen nicht missverstanden werden, als hätten wir eine Position, die nicht eindeutig auf der Seite der Ukraine ist. Wir stehen an der Seite der Ukraine und gegen den russischen Staat.

Das US-amerikanische Magazin Spectre hat kürzlich eine [feministische Antikriegserklärung](#) veröffentlicht, gegen die viele in Russland, Osteuropa und der Ukraine Einspruch erhoben haben. Was waren die Probleme mit dieser Erklärung?

Das Problem mit der Erklärung war, dass keine Feministin aus der Ukraine und fast keine aus Osteuropa oder Russland sie unterschrieben hat. Nur eine hat unterschrieben, und als sie einige der politischen Probleme mit der Erklärung erkannte, versuchte sie, ihren Namen zurückzuziehen, was ihr aber nicht gelang.

Anstatt also Solidarität zu schaffen, führte die Erklärung zu Konflikten mit ukrainischen, russischen und osteuropäischen Feministinnen. Sie erschien auch kurz nach Taras Bilous' "Brief an die westliche Linke", in dem westliche Aktivist:innen dazu aufgerufen wurden, ukrainischen Linken zuzuhören, ihre Argumente und Positionen ernst zu nehmen und den Kampf ihres Landes um Selbstbestimmung, einschließlich bewaffneter Selbstverteidigung, zu unterstützen. Die Erklärung in Spectre hat das nicht getan.

Darüber hinaus wurde die Erklärung in Spectre mit unserem eigenen Manifest verwechselt, was für uns ein Problem darstellte. Die Gruppe, die diese Erklärung verfasst hat, hatte einen sehr ähnlichen Namen, "Feminists against War" und da unser Manifest alle, die uns unterstützen, dazu auffordert, unser Logo zu verwenden, haben sie das auch getan.

Und ich möchte betonen, dass diese Gruppe Informationen über unsere Aktionen in Russland verbreitet hat. Sie unterstützen uns also tatsächlich, und wir sind dankbar für ihre Unterstützung. Aber das hat das Problem vergrößert, dass unser eigenes Manifest in einer pazifistischen Weise gegen den ukrainischen Widerstand instrumentalisiert wurde, wie wir es nie beabsichtigt hatten.

Es wurde in Spectre unter dem Titel "Feminist Anti-war Resistance" veröffentlicht, was der Name unserer Gruppe ist, während der Name der Gruppe, die es herausgegeben hat, "Feminists against War" lautet – ein kleiner, aber wichtiger Unterschied. Als wir [auf Facebook darüber schrieben](#), bekamen wir eine unfreundliche Antwort, in der uns von Spectre gesagt wurde, wir sollten "erst einmal recherchieren". Das hat uns, gelinde gesagt, irritiert. Es war herablassend und nicht der beste Weg, um Solidarität aufzubauen.

Es warf für uns auch die Frage auf, wie Wissen und Positionen in der internationalen Linken über unsere Region entwickelt werden. Aus unserer Sicht, und das ist etwas, was Taras Bilous' Brief betont, müssen Erklärungen über Menschen, die in Konflikte verwickelt sind, mit ihrer Beteiligung und nicht in ihrem Namen und in ihrer Abwesenheit erstellt werden.

Eines der Probleme in dieser Debatte ist die Frage, wie sich die Linke international gegen den zwischenimperialen Konflikt zwischen den USA/NATO und Russland und gleichzeitig in Solidarität mit dem Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung und Selbstverteidigung positionieren kann. Wie sollten sich deiner Meinung nach Feministinnen international und die Linke international positionieren?

Als Feministinnen gehen wir bei der Beantwortung solcher Fragen immer von der Erfahrung aus, einschließlich der körperlichen Erfahrung. Die ukrainischen Feministinnen haben diese Methode und Position sehr gut artikuliert. Erfahrung prägt die Wissensproduktion ebenso wie die abstrakte Vernunft. Sie ist oft die Quelle der affektiven Solidarität.

Wir hören uns die Erfahrungen und Ideen derjenigen an, die die Hauptlast der Unterdrückung tragen, in diesem Fall die der Ukrainer:innen, und

entwickeln auf der Grundlage dieses Standpunkts einen Ansatz für alle Fragen dieses Krieges. Das hat uns dazu gebracht, mit dem ukrainischen feministischen Widerstand, mit dem ukrainischen linken Widerstand solidarisch zu sein.

Wir sind für alles, was sie brauchen, um ihre Befreiung zu gewinnen. Von diesem Standpunkt aus sind wir gegen den russischen Imperialismus. Wir müssen unsere Ideen über den zwischenimperialistischen Konflikt als Teil dieses internationalen Dialogs und der Debatte in der Linken weiterentwickeln.

Was ist Putins Endspiel in der Ukraine? Wird er sich darauf beschränken, den Donbas einzunehmen, oder wird dies, selbst wenn es irgendwann zu einer Einigung kommt, nur ein Sprungbrett für einen weiteren Krieg in der Ukraine sein? Welche Auswirkungen werden der Krieg, die Sanktionen, der Tod russischer Soldat:innen und die Wirtschaftskrise auf die russische Gesellschaft und insbesondere auf die Frauen in den kommenden Jahren haben?

Für uns als Feministinnen hat der Krieg des Regimes alle Probleme in der russischen Gesellschaft verschärft. Sein Imperialismus wird nur noch mehr patriarchale Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen, LGBTQ+ Menschen, Menschen mit Behinderungen und andere unterdrückte Gruppen hervorbringen.

Dieser Albtraum wird sich noch verschlimmern, wenn Russland diesen Krieg auf irgendeine Weise "gewinnt". Wenn es sein Militär als Sieger empfängt, würde dieses neofaschistische Regime gestärkt und seine Unterdrückung der Menschen in Russland vertieft werden. Es besteht keine Möglichkeit, dass ehemalige Soldat:innen eine angemessene psychologische Behandlung erhalten, um das Trauma und die Gewalt, die sie erlebt haben, zu verarbeiten, und dass Kriegsverbrecher:innen strafrechtlich verfolgt werden.

Dies könnte auch die Rechtsextremen und den Militarismus auf internationaler Ebene inspirieren. Ich denke, wir haben gute Gründe zu erwarten, dass Putins Wiederbelebung von Carl Schmitts Ideen von Souveränität und Imperialismus eine breitere Anhängerschaft und Umsetzung finden wird – und das wird nichts als Schrecken mit sich bringen. Und was noch schlimmer ist: Andere Mächte werden sich die russische Unterstützung für die Durchsetzung ihres Militarismus sichern.

Innerhalb Russlands würde die Bestätigung patriarchaler Strategien und Haltungen zu einem Anstieg der sexuellen und häuslichen Gewalt führen. Wir hatten schon vor dem Krieg mit diesen Problemen zu kämpfen, und sie haben sich seit Kriegsbeginn noch verschlimmert.

Ich kann mir nicht vorstellen, wie es sein wird, wenn Russland den Krieg „gewinnt“ und Putin etwas bekommt, das ihm erlaubt, „sein Gesicht zu wahren“. Wir halten Putins Regime bereits für einen innenpolitischen Gewalttäter. Das Letzte, was wir brauchen, ist, dass dieser Täter beweist, dass er alles richtig gemacht und seine Ziele mit Gewalt erreicht hat.

Anmerkungen

- [1] Das Manifest wurde auf Russisch auf Telegram veröffentlicht. Eine englische Übersetzung gibt es beispielsweise hier.
- [2] An unserer zweiten Online-Veranstaltung zum Krieg in der Ukraine mit dem Titel *Putins Regime, seine Gegner:innen und der ukrainische Widerstand* hat Sasha über die Perspektiven des russischen feministischen Widerstands gesprochen. Das Video zum Nachschauen gibt es auf der Webseite von [emanzipation](#).

Dieses Interview wurde im Original auf Englisch in *Spectre veröffentlicht*.

Sasha ist Aktivistin der [Feminist Anti-War Resistance](#) in Russland.